



ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Aus Liebe zum Menschen.

ACCORD

Austrian Centre for Country of Origin
& Asylum Research and Documentation

Anfragebeantwortung zu China: "Kirche des Allmächtigen Gottes", legale Ausreise, Beobachtungen von Auslandsaktivitäten, Wohnortwechsel, Rückkehr [a-10917]

16. April 2019



Bundesministerium
Inneres



ACCORD wird vom Bundesministerium für Inneres, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und UNHCR kofinanziert.

Anfragebeantwortung zu China:
"Kirche des Allmächtigen Gottes", legale Ausreise, Beobachtungen von
Auslandsaktivitäten, Wohnortwechsel, Rückkehr [a-10917]
16. April 2019

Das vorliegende Dokument beruht auf einer zeitlich begrenzten Recherche in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die ACCORD derzeit zur Verfügung stehen sowie gegebenenfalls auf Expertenauskünften, und wurde in Übereinstimmung mit den Standards von ACCORD und den *Common EU Guidelines for processing Country of Origin Information (COI)* erstellt.

Diese Antwort stellt keine Meinung zum Inhalt eines Ansuchens um Asyl oder anderen internationalen Schutz dar. Alle Übersetzungen stellen Arbeitsübersetzungen dar, für die keine Gewähr übernommen werden kann.

Wir empfehlen, die verwendeten Materialien im Original durchzusehen. Originaldokumente, die nicht kostenfrei oder online abrufbar sind, können bei ACCORD eingesehen oder angefordert werden.

© Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD

Österreichisches Rotes Kreuz/ACCORD
Wiedner Hauptstraße 32
A- 1040 Wien

Telefon: +43 1 58 900 – 582
E-Mail: accord@roteskreuz.at
Web: <http://www.roteskreuz.at/accord>

INHALTSVERZEICHNIS

1	Behandlung von Mitgliedern der "Kirche des Allmächtigen Gottes" (Eastern Lightning) ...	3
1.1	Allgemeine Situation und rechtliche Lage	3
1.2	Informationen zu Repression, Verhaftungen, Verhören	5
1.3	Folter, außergerichtliche Tötungen	9
1.4	Unterscheidung zwischen aktiven und passiven Mitgliedern	12
2	Möglichkeit der legalen Ausreise bei Kenntnisnahme von verbotenen religiösen Aktivitäten durch lokale Behörden; Ermittlungen der Behörden zu oppositionellen oder religiösen Aktivitäten bei Ausstellung eines Reisepasses (mit Fokus auf die "Kirche des Allmächtigen Gottes")	14
3	Beobachtungen chinesischer Behörden von Aktivitäten chinesischer Staatsbürger in Zusammenhang mit der "Kirche des Allmächtigen Gottes" im Ausland (Ausmaß, Priorisierung von Aktivitäten, Konsequenzen bei Rückkehr)	18
4	Notwendigkeit einer Erlaubnis bei Wohnortwechsel innerhalb Chinas, Datenaustausch	23
5	Überprüfung bei Rückkehr nach Asylantragstellung, Unterschiede zwischen Abschiebung und freiwilliger Rückkehr.....	27
	Quellenverzeichnis	31

1 Behandlung von Mitgliedern der "Kirche des Allmächtigen Gottes" (Eastern Lightning)

1.1 Allgemeine Situation und rechtliche Lage

Human Rights Without Frontiers (HRWF), eine in Belgien registrierte Nichtregierungsorganisation, führt nach eigenen Angaben in vielen Staaten der Welt Recherchen, Analysen und Vor-Ort-Einsätze zu verschiedenen Menschenrechtsthemen durch. In einem gemeinsam mit dem auf die Themen Religionsfreiheit und Menschenrechte in China spezialisierten Online-Magazin Bitter Winter erstellten Bericht aus dem Jahr 2018 zur „Kirche des Allmächtigen Gottes“ (Church of Almighty God, CAG, auch Eastern Lightning, bzw. Quannengshen) finden sich Informationen zur Lage von Mitgliedern dieser Organisation. Der Bericht versteht sich als Überblick über zahlreiche im Jahr 2018 im Rahmen des United Nations Universal Periodic Review (UPR) eingebrachte Einreichungen, die sich mit der CAG befassen und enthält neben Ausschnitten aus diesen auch zusammenfassende Stellungnahmen. Laut dem Bericht sei die CAG eine neu in Erscheinung getretene chinesische christliche Bewegung, die im Jahr 1991 gegründet worden sei. Das wichtigste Element ihrer Lehre sei, dass Jesus zu den Menschen zurückgekehrt sei, und zwar als chinesische Frau, die derzeit in den USA arbeite und von dort aus die Kirche leite. Es handle sich um eine friedliche religiöse Bewegung, die sich derzeit auf allen Kontinenten verbreiten würde, wobei sich die größte Anhängerschaft in China befinde. Die CAG glaube, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die Christen konsequent verfolgen würde, eine Manifestation des bösen Großen Roten Drachen aus dem Buch der Offenbarung sei. Die CAG sei jedoch nicht politisch aktiv und befürworte keine Revolution. Auf Grund des Unterschieds zwischen den Überzeugungen ihrer Mitglieder und der atheistischen Ideologie der KPCh, sowie aufgrund der schnellen Verbreitung der CAG (2014 seien ihr von Quellen der KPCh vier Millionen Mitglieder zugeschrieben worden) werde die religiöse Gruppe seit den 90er Jahren verfolgt und stehe seit 1995 auf der offiziellen Liste von xie jiao. Der Begriff xie jiao werde häufig mit "böse Kulte" übersetzt, bedeute aber in Wahrheit "heterodoxe Lehren" und stehe für Bewegungen, die die chinesische Regierung nicht gutheiße. Welche Lehren zu den heterodoxen zählen würden, werde von den atheistischen Autoritäten bestimmt. Die Aufnahme von Gruppen in die Liste der xie jiao sei politisch motiviert. Die Zugehörigkeit zu einer xie jiao sei eine Straftat, die nach Artikel 300 des chinesischen Strafgesetzbuches mit einer Haftstrafe von 3 bis 7 Jahren - oder mehr - bestraft werden könne:

„The Church of Almighty God (CAG), also known as Eastern Lightning, is a Chinese Christian new religious movement, founded in 1991, whose core teaching is that Jesus has returned among humans incarnated as Almighty God, a Chinese woman currently working and leading the Church in the U.S. It is a peaceful religious movement, now spread across every continent, but with its main constituency in China. The CAG believes that the Chinese Communist Party (CCP), which has consistently persecuted Christians, is a manifestation of the evil Great Red Dragon from the Book of Revelation, and that the Dragon will fall under the weight of its errors. However, the CAG does not participate in politics or advocate any revolution. Because of the difference between its beliefs and the CCP's atheistic ideology and its phenomenal expansion (in 2014, CCP sources credited it with four million members), the CAG has been persecuted since the 1990s and on the official list of xie jiao as of 1995. Xie jiao (normally translated as 'evil cults,' but in fact meaning 'heterodox

teachings') are movements the Chinese government does not approve of. What teachings were 'heterodox' was determined by the atheistic authorities, and lists of xie jiao were based on political grounds. Belonging to a xie jiao is a crime punishable under Article 300 of the Chinese Criminal Code, with a jail penalty of 3 to 7 years or 'more.'" (HRWF/Bitter Winter, 2018, S. 1)

Das US-Außenministerium (US Department of State, USDOS) schreibt in seinem Länderbericht zur Religionsfreiheit vom Mai 2018 (Berichtszeitraum 2017), dass nur religiöse Gruppen, die zu einer der fünf vom Staat zugelassenen „patriotischen Religionsgemeinschaften“ (Buddhismus, Taoismus, Islam, Katholizismus und Protestantentum) zählen würden, sich bei den Behörden registrieren könnten und offiziell Gottesdienste abhalten dürften. Es gebe weiterhin Berichte darüber, dass die Behörden AnhängerInnen von registrierten wie nicht registrierten religiösen Gruppen wegen Aktivitäten in Zusammenhang mit ihrem Glauben körperlich misshandeln, inhaftieren, verhaften, foltern und zu Haftstrafen verurteilen würden.

Bestimmte religiöse und spirituelle Gruppen seien gesetzlich verboten. Das Strafgesetz definiere verbotene Gruppen als „Kultorganisationen“, deren Mitglieder mit bis zu lebenslanger Haftstrafe bestraft werden könnten. Es lägen keine veröffentlichten Informationen darüber vor, nach welchen Kriterien die Behörden eine Gruppe als „Kultorganisation“ deklarieren würden und wie eine solche Entscheidung angefochten werden könne. Ein Gesetz zu nationaler Sicherheit verbiete „Kultorganisationen“ ausdrücklich, und die Kommunistische Partei Chinas unterhalte einen außergerichtlich operierenden Sicherheitsapparat, um die Falun-Gong-Bewegung und andere solche Organisationen „auszumerzen“. Die Regierung betrachte auch mehrere christliche Gruppen als „böartige Kulte“, darunter auch die CAG:

„Only religious groups belonging to one of the five state-sanctioned 'patriotic religious associations' (Buddhist, Taoist, Muslim, Catholic, and Protestant) are permitted to register with the government and officially permitted to hold worship services. There continued to be reports the government tortured, physically abused, arrested, detained, sentenced to prison, or harassed adherents of both registered and unregistered religious groups for activities related to their religious beliefs and practices, including members of unregistered Christian churches (also known as 'house churches')." (USDOS, 29. Mai 2018, Executive Summary)

„Certain religious or spiritual groups are banned by law. The criminal law defines banned groups as 'cult organizations,' and those belonging to them can receive sentences of up to life in prison. There are no published criteria for determining, or procedures for challenging, such a designation. A national security law explicitly bans 'cult organizations.' The CCP [Chinese Communist Party] maintains an extralegal, party-run security apparatus to eliminate the Falun Gong movement and other such organizations. The government continues to ban Falun Gong, the Guanyin Method religious group (Guanyin Famen or the Way of the Goddess of Mercy), and Zhong Gong (a qigong exercise discipline). The government also considers several Christian groups to be 'evil cults,' including the Shouters, The Church of Almighty God (also known as Eastern Lightning), Society of Disciples (Mentu Hui), Full Scope Church (Quan Fanwei Jiaohui), Spirit Sect, New Testament Church, Three Grades of Servants (San Ban Puren), Association of Disciples, Lord God religious group, Established King Church, the Family Federation for World Peace and

Unification (Unification Church), Family of Love, and South China Church.” (USDOS, 29. Mai 2018, Section II)

Mehrere weitere Quellen erwähnen, dass die CAG in China verboten sei (Freedom House, 4. Februar 2019; BBC, 27. Juli 2017; CNN, 3. Februar 2015; ORF, 24. August 2014; Channel 4, 22. Dezember 2014).

1.2 Informationen zu Repression, Verhaftungen, Verhören

Ein Bericht des UN-Menschenrechtsrates (UN Human Rights Council, HRC) vom September 2018 zu Förderung und Schutz der Menschenrechte in China erwähnt die CAG unter Verweis auf eine gemeinsame Einreichung von Center for Studies on Freedom of Religion Belief and Conscience (LIREC) und der Association for the Defense of Human Rights and Religious Freedom (ADHRRF) an die Arbeitsgruppe für die allgemeine regelmäßige Überprüfung zu Förderung und Schutz der Menschenrechte. LIREC ist nach eigenen Angaben ein unabhängiger Verein mit Sitz in Rom, der sich für verschiedene Themen wie Religionsfreiheit einsetzt und ADHRRF nach eigenen Angaben eine unabhängige Nichtregierungsorganisation mit Büros in Spanien, Australien und Deutschland, die sich für die Themen Menschenrechte, insbesondere für Religionsfreiheit, einsetzt. Der Bericht hält fest, dass Überwachung, Verhaftung und Verfolgung von CAG-Mitgliedern durch die KPCh in den Jahren 2014 bis 2018 dazu geführt hätten, dass mindestens 500.000 Mitglieder aus ihren Häusern geflohen und mehrere hunderttausend Familien auseinandergerissen worden seien:

„[D]uring 2014 - 2018, the Chinese Communist Party’s monitoring, arrest, and persecution had caused at least 500,000 Church of Almighty God (CAG) Christians to flee their home, and several hundred thousand families had been torn apart.” (HRC, 3. September 2018, S. 5)

Der vom UN-Menschenrechtsrat zitierte Bericht ist unter folgendem Link abrufbar:

- LIREC/ADHRRF - Center for Studies on Freedom of Religion Belief and Conscience; Association for the Defense of Human Rights and Religious Freedom: Religious Freedom in China: The case of the Church of the Almighty God, 2018
<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=5576&file=EnglishTranslation>

Laut dem oben bereits angeführten Bericht von HRWF und Bitter Winter aus dem Jahr 2018 gibt die CAG an, dass mehr als 300.000 ihrer Mitglieder verhaftet, mehr als 40.000 gefoltert, tausende in Umerziehungslagern festgehalten worden seien und mehr als 30 im Gefängnis unter höchst suspekten Umständen gestorben seien. Laut dem Bericht könnten WissenschaftlerInnen keine genauen Zahlen nennen, würden diese Behauptungen jedoch als glaubwürdig erachten, da in chinesischen Dokumenten und Medien wöchentlich davon berichtet würde, dass Hunderte von CAG-Mitgliedern verhaftet worden seien. Die KPCh leugne die Repressalien nicht, behaupte aber, dass diese durch die von Mitgliedern der CAG begangenen Verbrechen gerechtfertigt seien. Tausende von CAG-Mitgliedern seien ins Ausland geflohen und hätten den Flüchtlingsstatus beantragt:

„The CAG claims that more than 300,000 of its members have been arrested, more than 40,000 have been tortured, thousands are being held in the dreaded ‘transformation

through education' camps, and more than 30 have died in jail under highly suspicious circumstances. [...] Scholars cannot confirm precise figures but regard these claims as believable, as Chinese media and documents report weekly that hundreds of CAG members have been arrested. [...] The CCP does not deny the repression but claims it is justified by crimes committed by the CAG, and, in 2017, invited Western scholars to seminars in China to share their knowledge of the CAG. [...] Thousands of CAG members have escaped abroad, seeking refugee status." (HRWF, 2018, S. 1-2)

Ein von ACCORD im April 2019 per Email befragter in Deutschland ansässiger Experte zu religiösen Gruppen in China, der nicht namentlich genannt werden möchte, antwortet auf die Frage, ob die Angaben der Quellen HRWF und Bitter Winter zur Verfolgungssituation von CAG-Mitgliedern plausibel seien, wie folgt:

„Die Berichte der Quellen HRWF und Bitter Winter zum Thema Verfolgung von Mitgliedern der Sekte CAG sind relativ glaubwürdig, auch wenn anzumerken ist, dass diese beiden Quellen deutlich auf der Seite der CAG stehen.“ (Experte zu religiösen Gruppen in China, 10. April 2019)

Die internationale Nachrichtenagentur Reuters schreibt in einem Artikel vom August 2018, dass laut staatlichen chinesischen Medien ein chinesisches Gericht ein Verfahren gegen führende Mitglieder der verbotenen religiösen Gruppe CAG eingeleitet habe. Es sei die jüngste Aktion im Vorgehen gegen die von der Regierung als gefährlichen Kult bezeichnete Gruppe. China habe bereits Dutzende von AnhängerInnen der CAG verurteilt, seit im Jahr 2014 ein in einem Fastfood-Restaurant an einer Frau begangener Mord - mutmaßlich durch Mitglieder der Gruppe - einen nationalen Aufschrei ausgelöst habe. Im jüngsten Fall stehe laut der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua in der nordosteuropäischen Provinz Heilongjiang seit dem 31. Juli eine unbestimmte Zahl von Mitgliedern der Gruppe vor Gericht. Die Polizei von Heilongjiang habe laut dem Bericht von Xinhua und den darin zitierten Meldungen der örtlichen Polizei im Juni 2017 den Führer und einige Schlüsselpersonen der Gruppe im Nordosten Chinas verhaftet. Der Bericht habe keine weiteren Einzelheiten zu dem Fall enthalten und es sei nicht möglich gewesen, einen Vertreter der CAG in China für eine Stellungnahme zu erreichen.

Bereits im Jahr 2012 habe China gegen CAG hart durchgegriffen, nachdem die Gruppe prognostiziert habe, dass die Welt in diesem Jahr (2012) untergehen werde und sie zu einem "entscheidenden Kampf" aufgerufen habe, in dem der "Rote Drache", wie die KPCh von der CAG genannt werde, getötet werden solle:

„A Chinese court has begun proceedings against leading members of the banned religious group 'Almighty God', state media reported, the latest crackdown on what the government has labeled a dangerous cult. China has already sentenced dozens of followers of Quannengshen, or the Church of Almighty God, since the murder of a woman at a fastfood restaurant by suspected members of the group in 2014 sparked a national outcry. In the latest case, an unspecified number of members of the group have been on trial in the northeastern province of Heilongjiang since July 31, state news agency Xinhua said late on Sunday. 'Heilongjiang police arrested the leader and some key members of the cult branch in northeast China in June 2017,' the report said, citing local police. It provided no other details of the case and it was not possible to reach a representative of the group in China

for comment. [...] In 2012, China launched a crackdown on 'Almighty God' after it called for a 'decisive battle' to slay the 'Red Dragon' Communist Party, and preached that the world would end that year." (Reuters, 13. August 2018)

Wie CNN im Februar 2015 berichtet, sei Eastern Lightning eine von 14 religiösen Gruppen, die seit 1995 verboten worden seien. Die Zentralregierung betrachte Eastern Lightning von allen christlich geprägten Bewegungen als die größte Bedrohung für die öffentliche Stabilität im Land:

„Linked to kidnappings, violence and extortion, the group has been listed among 14 banned religious groups by China's Ministry of Public Security since 1995. [...]

Eastern Lightning, part of a tradition of heterodox, quasi-Christian religious movements in China, was estimated as having between several hundred thousand and one million members, said Dunn. It was viewed by Beijing as the most serious threat to public stability of any of the Christian-affiliated movements that have been growing rapidly as China undergoes a religious revival, she said." (CNN, 3. Februar 2015)

Asia Times, eine Onlinezeitung mit Sitz in Hongkong, zitiert in einem Artikel vom März 2019 Massimo Introvigne, einen italienischen Religionswissenschaftler, der ein Buch über die CAG geschrieben hat. Mit Blick auf die in China stark unterdrückte Qigong-Bewegung Falun Gong habe Introvigne angegeben, dass die CAG „das neue Falun-Gong sei“. Doch während Falun Gong aus politischen Gründen unterdrückt worden sei, werde die CAG unterdrückt, weil sie als Kult angesehen werde. Mittlerweile würden laut Introvignes Partnerin Rosita Soryte, einer ehemaligen litauischen Diplomatin, die die Nichtregierungsorganisation International Observatory on Religious Freedom of Refugees leite, mehr CAG-Mitglieder von Strafverfolgung betroffen sein als Falun Gong-Mitglieder. Und selbst im Gefängnis würden CAG-Gläubige diskriminiert. Laut Soryte würden CAG-Mitglieder im Gefängnis spezielle Schilder tragen und andere Häftlinge seien berechtigt und würden sogar ermutigt, sie zu demütigen. Mitglied der CAG zu sein sei ein größeres Verbrechen als Mord oder Vergewaltigung. Introvigne, der täglich chinesische Medien durchforste, habe angegeben, dass laut der Wirtschaftszeitung Caixin Global News alleine in der Provinz Qinghai 1.500 Polizisten im Einsatz seien, um die CAG zu bekämpfen. Im Jahr 2017 hätten chinesische Beamte Introvigne gegenüber angegeben, dass 300.000 CAG-Mitglieder inhaftiert worden seien:

„Referring to the heavily suppressed qigong movement, he added: 'Church of Almighty God [CAG] is the new Falun Gong.' But while the giant Falun Gong, which may once have had 20 million followers across China, was suppressed on political grounds, CAG is suppressed on grounds that the religion is a cult. Now, there are more CAG members in the Chinese penal system than Falun Gong members, Introvigne's partner Rosita Soryte, a former Lithuanian diplomat who heads the NGO International Observatory on Religious Freedom of Refugees. And even behind bars, CAG believers are singled out. 'In jail, the prisoners have a special tag,' she said. 'Even other inmates are entitled and encouraged to humiliate these people. Being a member of CAG is a bigger crime than if you murder or rape a person.' Major state resources are in play. Introvigne, who monitors Chinese media daily, noted that business newspaper Caixin Global News reported that 1,500 police officers were

deployed against CAG in just the province of Qinghai. In 2017, Chinese officials told Introvigne that 300,000 members had been jailed.” (Asia Times, 21. März 2019)

Soteria International, eine international tätige Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Kopenhagen und die Association on Study of Religion and Human Rights (TASRHR), eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Tokio, beides Organisationen, die sich für Religionsfreiheit und Menschenrechte einsetzen, veröffentlichen im Jahr 2018 einen gemeinsamen Bericht, der im Rahmen des United Nations Universal Periodic Review (UPR) eingereicht wurde. Der im Folgenden angeführte Abschnitt aus dem Bericht, der auch im oben erwähnten Bericht von HRWF zitiert wird, beschreibt unter Verweis auf verschiedene Quellen die Situation der CAG-Mitglieder. CAG-Christen seien demnach in den Jahren 2014-2018 in großem Umfang von willkürlichen Verhaftungen betroffen gewesen. Laut Xinhuanet, einem offiziellen Medium der KPCh, seien vom 16. Juni bis zum 19. August 2014 fast 1.000 CAG-ChristInnen verhaftet worden. Im Jahr 2017 habe die KPCh laut Angaben des Büros des Provinzialkomitees der KPCh für die Provinz Henan eine sogenannte "An-die-Tür-Klopff"-Operation durchgeführt. Allein zwischen Anfang 2017 und Ende September desselben Jahres seien mindestens 1.674 CAG-ChristInnen aufgrund ihres Glaubens willkürlich verhaftet worden. Im März 2018 habe HRWF im Rahmen einer Untersuchung 377 Fälle von Verhaftungen von CAG-ChristInnen im Alter von 19 bis 77 Jahren dokumentiert, darunter 250 Mitglieder, die zu drei bis sieben Jahren Haft verurteilt worden seien und 73 weitere, die zu mehr als sieben Jahren Haft verurteilt worden seien. Die Untersuchung habe ergeben, dass diesen 377 CAG-ChristInnen das "Sabotieren der Umsetzung der Gesetze durch die Nutzung bössartiger religiöser Organisationen" vorgeworfen worden sei und sie aufgrund ihres Gebrauchs des Rechts auf Religions- und Meinungsfreiheit verurteilt worden seien. Üblicherweise sei dabei die Bestimmung des Artikels 300 des chinesischen Strafgesetzbuches angewendet worden:

„CAG [Church of Almighty God] Christians have encountered arbitrary detention and imprisonment on a large scale during 2014- 2018. [...] According to CCP’s official media outlet Xinhuanet, during June 16, 2014 to August 19, 2014, nearly 1,000 CAG Christians were arrested (China News 2014). [...] In 2017, the CCP carried out its ‘Door -knocking Operation’ (The Office of the CCP Henan Provincial Committee 2017). From early 2017 to the end of September of the same year alone, at least 1,674 CAG Christians encountered arbitrary detention and imprisonment for their belief. In March 2018, Human Rights Without Frontiers, an international NGO [non-governmental organization] from Belgium, published 377 cases of detainees of CAG Christians in the 19-77 age range, among which 250 members were sentenced to three to seven years of imprisonment, and 73 to more than seven years. The investigation showed that those 377 CAG Christians were identified as ‘sabotaging the implementation of the laws by utilizing evil religious organizations,’ and sentenced because of practicing the rights to freedom of religion and expression. The provision of Article 300 of the Chinese Criminal Code was commonly applied. (HRWF 2018)“ (Soteria/TASRHR, 2018, S. 2)

ADHRRF veröffentlicht im Februar 2019 einen Bericht zur Menschenrechtsslage von CAG-Mitgliedern. An manchen Stellen lässt die Sprache des Berichts auf einen religiösen Hintergrund der Quelle schließen. Laut dem Bericht seien im Jahr zumindest 23.567 CAG-Mitglieder von den chinesischen Behörden verfolgt werden, weil sie „an den allmächtigen Gott glauben“ würden

und weil sie bei gewöhnlichen Kirchen-Aktivitäten partizipiert hätten, zum Beispiel an Versammlungen teilgenommen hätten oder das „Evangelium gepredigt hätten“. In 30 verschiedenen Provinzen, Autonomieregionen bzw. regierungsunmittelbaren Städten Chinas seien zumindest 12.456 CAG-Mitglieder von den Behörden schikaniert worden. Davon seien 11.111 verhaftet worden, von denen 392 Mitglieder verurteilt worden seien, die Hälfte der 392 Mitglieder sei zu Haftstrafen zwischen drei und acht Jahren verurteilt worden und acht Mitglieder seien zu mehr als 10 Jahren Haft verurteilt worden. (ADHRRF, 26. Februar 2019, S. 4)

Darüber hinaus enthält der Bericht eine laut eigenen Angaben unvollständige Tabelle, die die Zahlen der von ADHRRF dokumentierten 11.111 im Jahr 2018 verhafteten und verurteilten CAG-Mitglieder - aufgeschlüsselt nach den 30 Provinzen, Autonomieregionen und regierungsunmittelbaren Städten von Chinas Festland – darstellt:

Province (Municipality, Autonomous region)	Arrested	Detained	Sentenced
Shandong	791	486	81
Heilongjiang	269	140	12
Jilin	395	182	7
Liaoning	850	453	12
Inner Mongolia	63	47	7
Shanxi	338	208	28
Hebei	78	29	10
Tianjin	88	73	
Beijing	25	24	
Jiangsu	1,984	1,003	60
Anhui	477	262	38
Shanghai	122	107	
Jiangxi	574	326	23
Zhejiang	878	729	31
Fujian	207	167	4
Henan	1,020	656	12
Hunan	89	99	
Hubei	312	205	10
Shaanxi	341	144	13
Gansu	48	32	
Qinghai	49	20	1
Ningxia	73	57	
Xinjiang	248	221	6
Sichuan	573	274	
Chongqing	439	303	
Yunnan	377	236	12
Guizhou	140	112	1
Guangxi	108	66	
Guangdong	129	93	24
Hainan	26	23	
Total	11,111	6,757	392

(ADHRRF, 26. Februar 2019, S. 9)

1.3 Folter, außergerichtliche Tötungen

In einer Email-Auskunft vom März 2019 von Dr. Emily Dunn, einer Forscherin an der Universität von Melbourne, die ihre Doktorarbeit zum Thema CAG geschrieben hat, hält diese fest, dass sie den Eindruck habe, dass es bezüglich dem Vorkommen von Folter und Verhören von CAG-Mitgliedern und der Verbreitung solcher Praktiken regionale Unterschiede gebe, sowie dass die diesbezügliche Situation in einem konkreten Gebiet auch laufenden Änderungen unterworfen sein könne. Frau Dunn denke, dass die Berichte über behördliche Einvernahmen von CAG-Mitgliedern höchst plausibel seien. Das Vorkommen von Folter sei schwerer zu verifizieren. Die CAG würde sehr wohl angeben, dass Folter routinemäßig an ihren Mitgliedern praktiziert

werde. Frau Dr. Dunn meint dazu allerdings, dass sie nicht genügend Feldforschung betrieben habe, um dies verifizieren zu können:

„My impression is that yes, there are regional differences, and conditions in any given locality are subject to change. I think it is highly credible that members are subject to interrogations. Torture is harder to ascertain. Certainly Eastern Lightning alleges that torture is routinely meted out to members. I have not conducted enough fieldwork in this area to be sure.” (Dunn, 8. März 2019)

Der oben bereits angeführte ADHRRF-Bericht enthält auf S. 12-13 eine Liste von 20 ehemaligen CAG-Mitgliedern, die im Jahr 2018 als Ergebnis von Verfolgungshandlungen ums Leben gekommen seien. Die Tabelle enthält für jeden der 20 Verstorbenen den Namen, das Todesdatum und einige Hintergrundinformationen:

No.	Name	Sex	Age	Native Place	Date of Arrest	Date of Death	Descriptions of Death
1	Liu Xin	Female	55	Chongqing	4/26/2018	8/30/2018	Tortured during interrogation; her skull was smashed and she died after emergency treatment was ineffective.
2	Liu Lanying	Female	53	Zhejiang	9/11/2018	9/27/2018	Died while in a CCP-run course of forced indoctrination. There was a deep, long mark on her neck; and there were bruises on her shoulders, chest, back, and legs.
3	Miao Zenghua	Female	50	Jilin	9/13/2018	9/14/2018	Died during interrogation; there were obvious injuries on her body.
4	Luo Ruizhen	Female	56	Hubei	9/19/2018	10/13/2018	Died while in a course of forced indoctrination. There were obvious injuries on her forehead and neck.
5	Xu Sailian	Female	63	Jiangxi	10/12/2016	9/19/2018	The police brutally tortured her, leaving her with a serious heart condition. She died after subsequent medical treatment was ineffective.
6	Zheng Kunchang	Male	35	Guangdong	8/22/2014	4/20/2018	Became ill while serving a sentence. The CCP intentionally delayed his treatment; his condition worsened and he died.
7	Xiao Songxiang	Female	55	Henan	12/19/2018	12/20/2018	Died from torture during interrogation by the CCP police.
8	Lu Yongfeng	Female	70	Liaoning	6/27/2018	7/2/2018	Died while in custody; cause of death remains unknown.
9	Xie Xin	Female	52	Guizhou	3/2018	4/1/2018	Died during interrogation by the CCP police while in custody; cause of death remains unknown.

10	Zhang Guohua	Male	59	Jiangxi	12/12/2012	2/21/2018	Suffered a stroke while performing heavy labor during his sentence, leaving the left side of his body paralyzed. He became unable to care for himself and died after his release from high blood pressure.
11	Wang Yufu	Female	64	Liaoning	6/27/2018	9/13/2018	During interrogation the police threatened to kill her and that if she were arrested again she would be sentenced to prison, leading her to suffer from extreme anxiety and panic. She had a heart attack and died.
12	Wang Hongli	Female	47	Shaanxi	8/4/2013	8/2/2018	Subjected to constant surveillance and harassment by the CCP police as well as text messages to threaten and intimidate her. She committed suicide because of the tremendous psychological pressure.
13	Feng Kaiju	Male	75	Anhui	12/12/2012	2/10/2018	While in custody, abuse and torture by the police led to him developing emphysema and asthma, and after his release he was still subjected to constant police surveillance and harassment. The torture of the incredible psychological pressure as well as his health problems eventually drove him to hang himself.
14	Li Jie	Male	58	Anhui	2012	2018	After his release, he still suffered constant surveillance and harassment by the CCP police, forcing him to flee the region. Forced by the CCP authorities, his family members also began pressuring him, causing him to have a nervous breakdown. He jumped into a river and drowned himself.
15	Zhang Qiang	Male	47	Jiangsu	10/21/2018	10/28/2018	He was arrested by the police in an effort to seize the church money. After his release he was kept under constant surveillance, causing him to hang himself.
16	Lin Cuizhen	Female	60	Jiangsu	12/5/2018	12/7/2018	After her arrest the police used her grandchildren's work and future prospects as leverage to threaten her and force her to give up information on the Church. Unable to withstand the stress, she committed suicide.
17	Fan Ying	Female	54	Liaoning	12/21/2018	12/23/2018	Unable to withstand the CCP police's torture and intimidation during interrogation and subjected to pressure from her family who were deceived, she committed suicide.
18	Li Li	Female	67	Chongqing	6/1/2018	6/25/2018	The police arrested, intimidated, and harassed her, and subjected her to transformation through indoctrination, trying to force her to give up information on other Christians. She was backed into a corner and committed suicide.
19	Shi Guangyun	Male	78	Anhui	7/2013	2/5/2018	Arrest and long-term surveillance by the police caused his coronary heart disease to flare up, leading to his death.
20	Zhang Suzhen	Female	51	Zhejiang	12/9/2012	10/19/2018	Long-term pursuit, threats, and intimidation by the police left her living in constant fear. She died after a sudden diabetic episode that was left untreated.

(ADHRRF, 26. Februar 2019, S. 12-13)

Der Bericht geht darüber hinaus auf den Seiten 27-31 auf vier konkrete Fälle von Folter von CAG-Mitgliedern durch die chinesischen Behörden näher ein (ADHRRF, 26. Februar 2019, S. 27-31)

Im gemeinsamen Bericht von Soteria International und TASRHR aus dem Jahr 2018 findet sich die Information, dass es während willkürlicher Inhaftierungen von CAG-ChristInnen häufig zu willkürlicher Gewalt diesen gegenüber komme. Ziel dieser Gewalt sei es, Informationen über andere CAG-ChristInnen und über die finanziellen Ressourcen der Kirche zu gewinnen, sowie CAG-ChristInnen dazu zu bringen, ihren Glauben abzulegen. Folterungen würden von PolizistInnen, Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte, GefängniswärterInnen und örtlichen VerwaltungsbeamtInnen verübt. Die geheimen Einvernahmen würden hauptsächlich in Kellern, Hotels und den mit Detektoren gesicherten Verhörräumen der Büros der öffentlichen Sicherheit und der Polizeistationen, sowie in anderen streng kontrollierten Räumlichkeiten durchgeführt, weshalb es sehr schwierig sei, Beweise für diese Verbrechen zusammenzutragen. Zu den Misshandlungen würden Schläge, vorsätzlicher Nahrungs- und

Schlafentzug und das erzwungene Verharren in schmerzhaften Positionen gehören, was zu Verletzungen, Behinderungen und sogar zu Todesfällen geführt habe:

„Arbitrarily perpetrating violence against CAG [Church of Almighty God] Christians is a common occurrence during the arbitrary detention. The aim is to extract the information about other CAG Christians and the church’s financial resources, and force CAG Christians to renounce their beliefs. Torture is perpetrated by police officers, State Security Force members, prison guards, and local administrative officers. Due to the fact that secret interrogation was mainly conducted in basements, hotels, resorts, and the interrogation chamber with closed detectors in the public security bureaus and police stations, as well as other strictly controlled premises, it is very difficult to collect evidence concerning these crimes. Abuses include beatings, intended deprivation of food and sleep, long- time forced painful postures, etc., which led to injuries, disability and even death.“ (Soteria/TASRHR, 2018, S. 19)

Der Bericht enthält zahlreiche Einzelbeispiele von CAG-Mitgliedern, die von den chinesischen Behörden gefoltert worden seien. (Soteria/TASRHR, 2018)

1.4 Unterscheidung zwischen aktiven und passiven Mitgliedern

In ihrer Email-Auskunft vom März 2019 antwortet Frau Dr. Dunn auf die Frage, ob nur aktive (z.B. missionierende) CAG-Mitglieder oder auch "gewöhnliche Mitglieder" Repressalien ausgesetzt seien, dass nach ihrem Verständnis auch "gewöhnliche Mitglieder" mit Repressalien konfrontiert sein können (Dunn, 8. März 2019).

Der von ACCORD befragte Experte zu religiösen Gruppen in China antwortet auf dieselbe Frage wie folgt:

„Aktive Mitglieder der Sekte CAG werden von den chinesischen Behörden verfolgt, passive Mitglieder dürfte es kaum geben, da man als rein passives Mitglied Probleme innerhalb der CAG bekommen dürfte. Es gehört zum Wesen der Sekte, dass alle Sektenmitglieder sich intensivst in die Missionierungsarbeit der Sekte einbringen. Passiv könnten höchstens jene Menschen genannt werden, die von der Sekte z.T. in besonderen Gebäuden ‚unterwiesen‘ werden. Auf Nachfragen bei unseren chinesischen Gästen diese Woche konnten sie recht viel erzählen von Katholiken, die für einige Zeit verschwunden waren und dann als Sektenmitglieder zurückkehrten. Vor allem versucht die Sekte, Gemeindevorsteher und wichtige Gemeindeglieder ‚umzudrehen‘. Die christlichen Kirchen haben bereits seit einiger Zeit Schriften und Unterlagen entwickelt, mit Hilfe derer die Christen bei Diskussionen mit Bibelstellen gegenargumentieren können.“ (Experte zu religiösen Gruppen in China, 10. April 2019)

In den im gemeinsamen Bericht von HRWF und Bitter Winter genannten Einzelbeispielen werden jeweils die Gründe für die Verhaftungen bzw. Verurteilungen genannt. Bei den ausgewählten Beispielen sind keine Fälle dabei, in denen ausdrücklich erwähnt wird, dass CAG-Mitglieder ausschließlich aufgrund ihres Glaubens oder aufgrund der passiven Teilnahme an einer Versammlung verhaftet oder verurteilt worden seien. Es werden jedoch auch Fälle genannt, bei denen keine aktive Rolle des verhafteten Mitglieds erwähnt wird, sondern nur,

dass dieses „aufgrund ihres Glaubens an den allmächtigen Gott“ verhaftet worden sei. In einem der beiden Fälle sei es zu einer Verurteilung zu acht Jahren Gefängnis gekommen (HRWF/Bitter Winter, 2018, S. 13), in dem anderen zu Misshandlungen und einer Verurteilung zu 22 Monaten Gefängnis (HRWF/Bitter Winter, 2018, S. 23).

Die beiden oben bereits angeführten Organisationen LIREC und ADHRRF veröffentlichen im Jahr 2018 einen gemeinsamen Bericht, der im Rahmen des United Nations Universal Periodic Review (UPR) eingereicht wurde. Der im Folgenden angeführte Abschnitt aus dem Bericht, der auch im oben erwähnten Bericht von HRWF zitiert wird, hält fest, dass CAG-ChristInnen aufgrund von Vorwürfen wie "Gefährdung der sozialen Ordnung" oder "Sabotage der Umsetzung der Gesetze durch die Nutzung bössartiger religiöser Organisationen" verhaftet worden sein, nur weil sie friedlich an religiösen Aktivitäten teilgenommen hätten. Viele von ihnen seien zu einer langen Haftstrafe verurteilt worden, d.h. zu einer maximalen Dauer von 14 Jahren. Hunderte von Gerichtsdokumenten, die vom chinesischen Staat veröffentlicht worden seien, würden diese Tatsache belegen (LIREC/ADHRRF, 2018, S. 9). Im selben Bericht wird erwähnt, dass einige Mitglieder der CAG ohne Verfahren verurteilt worden seien. (LIREC/ADHRRF, 2018, S. 13-14)

In den im Bericht erwähnten Fallbeispielen werden Verhaftungsgründe wie das Organisieren von CAG-Veranstaltungen, das "Verkünden des Evangeliums", das Erstellen von CAG-Filmmaterial, das Herunterladen und Zugänglichmachen von CAG-Informationsmaterial, der Besitz von religiösen Unterlagen („Gospel material“) genannt. Bei anderen Fällen wird keine aktive Rolle des verhafteten CAG-Mitglieds erwähnt, sondern lediglich, dass dieses „aufgrund ihres Glaubens an den allmächtigen Gott“ verhaftet worden sei. (LIREC/ADHRRF, 2018)

2 Möglichkeit der legalen Ausreise bei Kenntnisnahme von verbotenen religiösen Aktivitäten durch lokale Behörden; Ermittlungen der Behörden zu oppositionellen oder religiösen Aktivitäten bei Ausstellung eines Reisepasses (mit Fokus auf die "Kirche des Allmächtigen Gottes")

Laut einer der zusammenfassenden Stellungnahmen aus dem oben genannten Bericht von HRWF und Bitter Winter würden CAG-Mitglieder, die aus China ausreisen, um in einem anderen Land Asyl zu beantragen, häufig ihre Identitätskarten vernichten. Einige würden mit gefälschten Reisepässen reisen. Der Bericht hält darüber hinaus fest, dass nach China abgeschobene CAG-ChristInnen, die in einem anderen Land Asyl beantragt hätten, mit Sicherheit verhaftet würden. Sollte es sich um führende Mitglieder der CAG handeln, drohe diesen eine ernsthafte Gefahr, hingerichtet zu werden:

„In some countries, asylum is typically granted, although there are problems in proving their identity (they often destroy their ID [identification document] in China and some travel with false passports). In other countries, CAG [Church of Almighty God] members have their applications denied and lawyers file appeals with supporting documents prepared by scholars and NGOs. For instance, more than 600 asylum applications from CAG members in South Korea have been denied. NGOs have denounced the heavy Chinese political pressure to do so, and scholars have noted that China has invested more in its fake news campaign against the CAG in South Korea than in other countries. Asylum seekers deported to China face the certainty of arrest and, in the case of CAG leaders, serious risk of execution.“ (HRWF/Bitter Winter, 2018, S. 1-2)

Ein von ACCORD im April 2019 per Email befragter in Deutschland ansässiger Experte zu religiösen Gruppen in China, der nicht namentlich genannt werden möchte, antwortet auf die Frage, ob es für CAG-Mitglieder möglich sei, legal aus China auszureisen, obwohl die chinesischen Behörden von religiösen Aktivitäten in Zusammenhang mit der CAG Kenntnis hätten, wie folgt:

„Wenn eine lokale Behörde meint, sich Verdienste erwerben zu müssen, indem sie ein CAG [Church of Almighty God]-Mitglied, das ihr bekannt ist, weitermeldet, dann liegt offiziell etwas gegen die Person vor, und eine Ausreise aus China mit dem originalen (nicht-gefälschten) Reisepass scheint dann kaum möglich zu sein. Sollten Maßnahmen (kurzzeitige Verhaftungen etc.) im lokalen Bereich recht undokumentiert behandelt werden, kann es durchaus sein, dass dies den Sicherheitsbehörden nicht offiziell mitgeteilt wird und damit noch nicht in Polizeiakten steht. Solche Verhaftungen nehmen dann die Betroffenen nicht selten zum Anlass, die Gegend zu verlassen oder auch sich einen Pass zu ‚besorgen‘, um ins Ausland zu gehen, zumeist in einer Touristengruppe oder auch mit Hilfe von Schleusern.“ (Experte zu religiösen Gruppen in China, 10. April 2019)

Im oben genannten im Jahr 2018 veröffentlichten gemeinsamen Bericht von LIREC und ADHRRF wird festgehalten, dass die chinesischen Behörden CAG-ChristInnen, die sie freigelassen haben, verbieten würden, ihre Städte zu verlassen. Sie seien verpflichtet, sich jede Woche beziehungsweise jeden Monat bei den örtlichen Sicherheitsbüros zu melden, sowie sich bei der örtlichen Polizei zu melden, wenn sie ihre Städte verlassen wollten.

Da sich die Verfolgung der CAG-ChristInnen vonseiten der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) seit dem Jahr 2014 verschärft habe, seien viele von ihnen ins Ausland geflohen, um Asyl zu beantragen. In vielen der von der KPCh veröffentlichten Dokumente werde die Verfolgung von CAG-ChristInnen im Ausland als eine der wichtigsten Aufgaben festgelegt. Im Jahr 2015 habe die KPCh angeordnet, die Ausreise- und Wiedereinreisegenehmigungen von in China lebenden CAG-ChristInnen zu konfiszieren beziehungsweise zu widerrufen. Es sei ihnen verboten, das Land zu verlassen, auch wenn es einigen dennoch gelungen sei zu fliehen. Die KPCh habe damit begonnen, Untersuchungen zu CAG-ChristInnen durchzuführen, die identifizierten Personen auf eine schwarze Liste zu setzen und ein effizientes Kontrollsystem einzurichten. Viele CAG-ChristInnen seien allein deshalb verhört und verhaftet worden, weil sie einen Reisepass beantragt hätten:

„In order to prevent the released CAG [Church of Almighty God] Christians from practicing their belief, Chinese authorities have forbidden them from leaving their cities. They are asked to report to the local Public Security Bureaus every week or month. They are required to report to the local Police if they want to leave their cities.

Because the persecution of the CCP [Chinese Communist Party] has intensified since 2014, many CAG Christians have fled to seek asylum abroad. In many of the documents issued by the CCP, persecution of CAG Christians overseas is set as one of its main tasks. In 2015, the CCP has ordered to confiscate or revoke the exit -entry certificates of CAG Christians living in China. They are forbidden to leave the country (although some managed to escape anyway). The CCP have started investigating CAG Christians, put those identified into the black list, and set up effective control system [...]. Many CAG Christians have been investigated and arrested just because of applying for a passport.” (LIREC/ADHRRF, 2018, S. 38)

Die Asia Times, eine Onlinezeitung mit Sitz in Hongkong, veröffentlicht im März 2019 einen Artikel, der vorwiegend auf den Aussagen von Massimo Introvigne, einem italienischen Religionswissenschaftler und Autor eines Buches zum Thema CAG, und seiner Partnerin Rosita Soryte, laut dem Artikel eine ehemalige litauische Diplomatin und Leiterin der Nichtregierungsorganisation International Observatory on Religious Freedom of Refugees, beruht. Laut dem Artikel seien bereits tausende CAG-Mitglieder aus China geflohen. Einige würden ihre Kontakte in China bemühen, um an Reisepässe zu kommen, andere würden mit gefälschten Reisepässen unterwegs sein. (Asia Times, 21. März 2019)

Das australische Außen- und Handelsministerium (Department of Foreign Affairs and Trade, DFAT) veröffentlicht mit dem Zweck der Verwendung in Verfahren zum internationalen Schutz im Dezember 2017 einen Länderbericht zu China. Darin wird festgehalten, dass für die Überwachung der Ein- und Ausreisevorgängen auf chinesischen Flughäfen eine Reihe von Behörden des Ministeriums für öffentliche Sicherheit zuständig sei, darunter das Büro für öffentliche Sicherheit, die Ein- und Ausreisbehörde und das Grenzkontrollamt. Die wichtigsten Flughäfen Chinas würden über ein zentrales System verfügen, das Passagiernamen abgleiche und im Fall des Falles Alarm schlage. Gesichtserkennungstechnologie werde an allen internationalen Kontrollpunkten (auf Luft-, Land- und Seewegen) eingesetzt. Die Effektivität der Sicherheitsüberwachung an Flughäfen sei umfassend, und die Passagiere würden mehrere

Identitätskontrollen (einschließlich Pass-, Ticket- und Bordkartenkontrolle) vonseiten verschiedener auf dem Flughafen stationierter Behörden passieren müssen:

„A number of agencies within the Ministry of Public Security hold responsibility for monitoring entry and exit procedures at Chinese airports, including the Public Security Bureau, the Entry and Exit Authority, and the Frontiers Inspection Bureau. China’s major airports have a centralised system with name matching alert capabilities. Facial recognition technology is also widely deployed at all international checkpoints (air, land and sea). Security monitoring capabilities at airports are comprehensive, and departing passengers pass through several identity checks (including passport and ticket/boarding pass inspection) run by different agencies between arriving at the airport and boarding a flight.“
(DFAT, 21. Dezember 2017, S. 40)

Das US-Außenministerium (US Department of State, USDOS) schreibt in seinem Länderbericht zur Menschenrechtslage vom März 2019, dass es den meisten chinesischen BürgerInnen im Berichtszeitraum 2018 möglich gewesen sei, Reisepässe zu erhalten. Allerdings hätten Personen, die von der Regierung als potenzielle politische Bedrohung eingestuft worden seien, einschließlich religiöser Führungspersönlichkeiten, politischer DissidentInnen, PetentInnen und Mitglieder ethnischer Minderheiten, regelmäßig darüber berichtet, dass ihnen Reisepässe verweigert worden seien oder sie anderweitig daran gehindert worden seien, ins Ausland zu reisen:

„Most citizens could obtain passports, although individuals the government deemed potential political threats, including religious leaders, political dissidents, petitioners, and ethnic minorities, routinely reported being refused passports or otherwise prevented from traveling overseas.“ (USDOS, 13. März 2019, Section 2d)

Im Zuge der Email-Korrespondenz vom März 2019 mit Frau Dr. Emily Dunn wurde dieser die Frage gestellt, ob von den chinesischen Behörden eine Personenüberprüfung durchgeführt werde (z.B. bezüglich möglicher oppositioneller oder religiöser Aktivitäten), bevor der betreffenden Person ein chinesischer Reisepass ausgestellt werde, sowie ob es möglich sei, als Mitglied einer verbotenen religiösen Gruppe einen Reisepass zu erhalten. Frau Dunn erwiderte darauf, dass bekannt sei, dass es Fälle gebe, in denen das neue "Sozialkreditsystem" Menschen daran hindere, Fahrkarten zu kaufen, und verweist dabei auf einen Artikel des US-amerikanischen Nachrichtensenders ABC News. Sie habe zu Mitgliedern der CAG zwar keine konkreten Informationen in Bezug auf dieses Thema, sie könne sich aber vorstellen, dass das Sozialkreditsystem gegen CAG-Mitglieder eingesetzt werden könne. (Dunn, 8. März 2019)

Der erwähnte Artikel von ABC News findet sich unter dem folgenden Link:

- ABC News: China's Social Credit System seeks to assign citizens scores, engineer social behaviour, 2. April 2018

<https://www.abc.net.au/news/2018-03-31/chinas-social-credit-system-punishes-untrustworthy-citizens/9596204>

Die Anwaltskanzlei Chodorow Law Offices, die nach eigenen Angaben Unternehmen, Selbständigen und Privatpersonen rechtliche Beratungsleistungen in Visa-Angelegenheiten und Angelegenheiten bezüglich Aufenthaltsgenehmigung und Staatsbürgerschaften anbietet, und

die Büros in China und den USA betreibt, veröffentlicht im Juli 2015 auf ihrer Webseite einen Eintrag zum Thema Reisepassantrag in China. Darin wird festgehalten, dass es für die meisten ChinesInnen seit mehr als einem Jahrzehnt einen reibungslosen Antragsprozess für Reisepässe gebe. Aber das Recht, China zu verlassen und dorthin zurückzukehren, sei für bestimmte Minderheiten (einschließlich TibeterInnen und UigurInnen), Kinder ohne Hukous (offizielle Wohnsitzregistrierung, Anmerkung ACCORD) und DissidentInnen immer noch eingeschränkt. Die Verweigerung von Reisepässen würde zu einer weiteren Marginalisierung dieser Gruppen beitragen.

In seinem Buch „The Right to Leave and Return and Chinese Migration Law“ aus dem Jahr 2005 habe Professor Liu Guofu angegeben, dass China eines der wenigen Länder weltweit sei, das eine restriktive Politik in Bezug auf die Rechte seiner Staatsangehörigen verfolge, auszureisen und zurückzukehren. Er weise jedoch darauf hin, dass die Reformen bereits 2001 eingeleitet worden seien, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas zu fördern. China habe schrittweise ein System eingeführt, das den Antragstellern ermögliche, den Reisepass gegen Vorlage ihres Personalausweises und ihres Hukous zu beantragen. Für die meisten BürgerInnen sei es nun nicht mehr nötig, eine schriftliche Genehmigung des Arbeitgebers oder ein Einladungsschreiben aus dem Ausland vorzulegen. In jenen Teilen Chinas, in dem das schnellere System eingeführt worden sei, sei für einen Reisepassantrag lediglich die Genehmigung einer einzigen Stelle - der örtlichen Niederlassung des Ein- und Ausreisebüros des Ministeriums für öffentliche Sicherheit - erforderlich und diese Stelle sei verpflichtet, den Pass entweder innerhalb von 15 Tagen nach Antrag auszustellen oder eine Erklärung für die Verzögerung abzugeben:

„For more than a decade, most Chinese have become increasingly accustomed to a hassle-free passport application process. But the right to leave and return (RLR) is still limited for certain minorities (including Tibetans and Uighurs), children without hukous, and dissidents. Denying passports to these groups only further marginalizes them and increases tensions by depriving them of opportunities for overseas education, connections, and jobs. [...]

In his 2005 book, *The Right to Leave and Return and Chinese Migration Law*, Professor Liu Guofu argued that China (along with Vietnam and North Korea) was one of the few countries worldwide that exercised restrictive policies in relation to the RLR of its nationals. But, he points out, reforms had already begun in 2001 in order to facilitate China's economic and social development. China slowly rolled out a 'passport on demand' policy, allowing applicants to apply merely by presenting their identity cards and hukous. For most, it was no longer necessary to provide written permission from one's work unit or an invitation letter from abroad. In the parts of China with the fast-track system, a passport application only requires approval from one office—the local branch of the Exit and Entry Administration under the Ministry of Public Security—and these offices are required either to issue a passport to any citizen within 15 days of an application or to explain the delay.” (Chodorow Law Offices, 15. Juli 2015)

Zum Thema Ermittlungen der chinesischen Behörden zu oppositionellen oder religiösen Aktivitäten bei Ausstellung eines Reisepasses konnten keine weiteren Informationen gefunden werden.

3 Beobachtungen chinesischer Behörden von Aktivitäten chinesischer Staatsbürger in Zusammenhang mit der "Kirche des Allmächtigen Gottes" im Ausland (Ausmaß, Priorisierung von Aktivitäten, Konsequenzen bei Rückkehr)

Im Zuge der Email-Korrespondenz vom März 2019 mit Frau Dr. Emily Dunn wurde dieser die Frage gestellt, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß die chinesischen Behörden Aktivitäten von im Ausland befindlichen chinesischen StaatsbürgerInnen überwachen. In der Fragestellung wurden beispielhaft folgende Aktivitäten genannt: Teilnahme an Demonstrationen für Religionsfreiheit von ChristInnen, bei denen öffentlich erklärt wird, dass in China Christenverfolgungen gebe; Missionsbemühungen für in China verbotene Religionsgemeinschaften; Mitwirkung an CAG-Videos, die anschließend im Internet veröffentlicht werden (z.B. auf Youtube oder auf der Homepage der CAG). Frau Dunn antwortet auf diese Frage, dass sie es für sehr glaubwürdig halte, dass die chinesischen Behörden die Aktivitäten von chinesischen BürgerInnen im Ausland beobachten würden. Nicht wenige ihrer chinesischen StudentInnen hätten ihr gegenüber angegeben, dass sie Angst hätten, im Unterricht ihre Meinung zu äußern, da manches, was sie sagen, an die chinesische Botschaft und von dort weiter an die Behörden in China gemeldet werde. Die Teilnahme an den in der Fragestellung genannten Aktivitäten würde die Wahrscheinlichkeit, überwacht zu werden, noch weiter vergrößern:

„I think it is highly credible that Chinese authorities are observing activities of Chinese citizens abroad. Quite a few of my Chinese students have told me that they are afraid to speak their mind in class less what they say gets reported to the Chinese Embassy, and from there to authorities in China. Participation in the activities below would bring an even greater likelihood of surveillance.“ (Dunn, 8. März 2019)

Citizens' Coalition for Human Rights of Abductees and North Korean Refugees (CHNK), eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Südkorea, die sich nach eigenen Angaben in erster Linie für den Schutz nordkoreanischer Flüchtlinge und nach Nordkorea verschleppter Südkoreaner einsetzt, sich aber auch anderer Menschenrechtsthemen annimmt, hält in einem Bericht aus dem Jahr 2018 folgendes zum Thema Überwachung von CAG-ChristInnen fest: Die chinesischen Behörden hätten in den Jahren 2014 bis 2018 eine Reihe von Dokumenten mit zu implementierenden Maßnahmen veröffentlicht, in denen die Überwachung und Verhaftung von auf dem chinesischen Festland lebenden Mitgliedern der CAG gefordert werde. Für CAG-ChristInnen, die außer Landes geflohen seien, würden in den Dokumenten individuelle Analysen und Nachforschungen zu solchen CAG-ChristInnen gefordert, mit dem Ziel, einzelfallbezogene Strategien für ein präzises Durchgreifen auf diese Personen zu entwickeln. Seien Personen einmal als CAG-Mitglieder identifiziert, würden diese unverzüglich nach ihrer Rückkehr nach China verhaftet werden:

„In the process of implementation of a series of documents issued by the Chinese authorities during the span between 2014 and 2018, as for CAG [Church of Almighty God] Christians in Mainland China, the documents demand surveillance and arrests; as for CAG Christians who have fled overseas, the documents demand individual analysis, research and determination, in order to develop individualized plans for accurate crackdown on

them. Once identified as CAG members fleeing overseas, they are under immediate arrest when they go back to China.” (CHNK, 2018, S. 3)

In diesem Zusammenhang verweist der Bericht auf Herrn Li Zhenyuan, der verhaftet und gefoltert worden sei, nachdem er aus Südkorea nach China zurückgekehrt sei (CHNK, 2018, S. 3).

Die österreichische Tageszeitung Der Standard berichtet in einem bereits älteren Artikel vom November 2005 zur Überwachung chinesischer Dissidenten im Ausland durch chinesische Botschaften und den Geheimdienst und erwähnt dabei das für die Verfolgung religiöser Gruppen zuständige „Büro 610“:

„Die Überwachung von chinesischen Dissidenten ist nach Worten eines ehemaligen Pekinger Diplomaten eine der ‚Kernaufgaben‘ der chinesischen Außenpolitik. Die Botschaften spielten dabei eine zentrale Rolle, sagte Yonling Chen am Donnerstag bei einem Pressegespräch in Wien. Zusätzlich dazu hat der chinesische Geheimdienst laut Ex-Geheimdienstoffizier Fengjun Hao ein eigenes System der Informationsbeschaffung über ‚politische Gegner‘. [...] Der 32-jährige Hao gab an, bis zu seiner Flucht im Frühjahr als ehemaliger Offizier des ‚Büro 610‘ Informationen aus dem Ausland analysiert zu haben. Das ‚Büro 610‘ wurde laut Hao am 10. Juni 1999 zur Verfolgung der chinesischen Meditationsbewegung Falun Gong gegründet; 2003 sei der Aufgabenbereich auf andere religiöse Gruppen ausgeweitet worden. Sobald im Ausland eine Dissidenten-Gruppe gegründet werde, versuche die chinesische Regierung, diese zu unterminieren, so Chen. Die jeweilige Botschaft beobachte dann sehr genau alle Aktivitäten der Gruppe und warte auf eine günstige Gelegenheit sich einzumischen. Das sei auch einer der Hauptgründe, warum die demokratische Bewegung so zerstritten und zersplittert sei: ‚Da hat die chinesische Regierung einen großen Beitrag geleistet.‘ [...] Trotz der umfangreichen Aktivitäten der chinesischen Botschaften habe das ‚Büro 610‘ keine Kontakte zu den Auslandsvertretungen, sagte Hao. Die Geheimagenten würden separat ins Ausland geschickt, um dort Dissidenten zu beobachten und Informationen zu sammeln. Wichtig sei dabei, Informationen aus erster Hand zu haben, um sofort reagieren zu können - beispielsweise, wenn ein Dissident zurückkehre nach China.“ (Standard, 15. November 2005)

In dem oben genannten Bericht von HRWF und Bitter Winter wird eine Einreichung der Organisationen Omnium des Libertes und Canaan Human Rights zitiert, die nach eigenen Angaben Menschenrechtsorganisationen mit Fokus Religionsfreiheit sind. Darin werden die Überwachungsmaßnahmen der chinesischen Behörden gegenüber CAG-Mitgliedern in China beschrieben. Das Thema Überwachung von im Ausland befindlichen CAG-Mitgliedern wird zwar nicht angeschnitten, jedoch gibt der Text einen Eindruck über das gemäß dieser Quelle vorherrschende Ausmaß an Überwachung. Darüber hinaus wird erwähnt, dass China die Netzwerke des oben erwähnten „Büros 610“ und der staatlichen Sicherheitsorgane miteinander vernetzt habe, um bei der Verhaftung von CAG-Mitgliedern koordiniert vorgehen zu können:

„The State Security Force of the Public Security Bureau have united with the Household Registration Office, Network Security Department, Intelligence Agency, etc. to gather information about the CAG [Church of Almighty God] Christians in Mainland China and have set up an 'Information Control System on Cult Members' ('database'). They have managed to unite the networks of 610 Office and the Public Security Organs to make preparations for arresting CAG Christians in unison. They have monitored CAG Christians' phone calls and set sensitive words on the Internet to track CAG Christians. They have assigned plainclothes police officers and undercover agents, and incited neighbours and idle people to secretly monitor, shadow, and report CAG Christians, and established award mechanism for reporting information. Surveillance cameras and tapping devices are forcibly installed inside or outside of CAG Christians' houses, where they are monitored 24 hours a day. CAG Christians are required to show up at a certain time, write reports, and come clean about their whereabouts. They are harassed, interrogated and arrested frequently. Many CAG Christians are found missing (Donghe Sub-Bureau of Baotou City Public Security Bureau 2017). Many CAG Christians (including those who have been released) and their family members live under the CCP [Chinese Communist Party]'s long-term surveillance, and their normal life is completely obstructed. From early 2017 to the end of September the same year, at least 2,122 CAG members had lived under the CCP's surveillance and 204 CAG members' houses were raided for extrajudicial searches.” (HRWF/Bitter Winter, 2018, S. 15-16)

Der oben zitierte gemeinsame Bericht von Omnim des Libertes und Canaan Human Rights kann unter folgendem Link abgerufen werden:

- Omnim des Libertés; Canaan Human Rights: Religious persecution in China: The case of the Church of Almighty God, 2018

<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=5586&file=EnglishTranslation>

European Interreligious Forum for Religious Freedom, eine nach eigenen Angaben in Frankreich registrierte Nichtregierungsorganisation, die sich für Religionsfreiheit einsetzt, schreibt in einem Eintrag vom August 2018 auf seiner Webseite, dass hunderte CAG-Mitglieder aus China nach Südkorea geflohen seien, wo sie um einen Flüchtlingsstatus angesucht hätten. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) verfolge die CAG-Mitglieder allerdings auch in Korea. So habe sie deren Angehörige gezwungen oder mittels Drohungen dazu gebracht nach Korea zu gehen und die Geflohenen dazu zu bringen, „nach Hause“ zurückzukehren, wo sie allerdings inhaftiert würden. Darüber hinaus veranstalte die KPCh mit Hilfe lokaler Organisationen fingierte „spontane Demonstrationen“ gegen solche religiösen Gruppen:

„Heavily persecuted in China, with many documented cases of torture and extra-judicial killings, hundreds of members of The Church of Almighty God have escaped to South Korea, where they are seeking refugee status. The Chinese Communist Party (CCP) is pursuing them also in Korea. It has coerced or persuaded with threats their relatives to go to Korea and ask that the refugees 'return home,' i.e. go back to China where they would not go 'home' but to jail, and is staging false 'spontaneous demonstrations' with the help of local organizations against the 'cults.'” (EIFRF, 31. August 2018)

Das oben bereits angeführte Online-Magazin Bitter Winter berichtet in einem Artikel vom September 2018 von einem Vorfall in Zusammenhang mit der CAG. Demnach habe ein indischer Student im Jahr 2018 in Indien Recherchen zur CAG durchgeführt und im Zuge dessen auf seinem Mobiltelefon eine App der CAG heruntergeladen. Kurz darauf sei er per Nachrichtendienst WhatsApp von der chinesischen Agentur für nationale Cybersicherheit kontaktiert worden. Die Person, die ihn kontaktiert habe, habe ihm einerseits gedroht und ihm andererseits Geld und Kontakte zu attraktiven Frauen angeboten, sollte er die Namen der CAG-Mitglieder preisgeben, mit denen er in Kontakt stehe:

„Months ago, Arnav started researching The Church of Almighty God [CAG]. He contacted the CAG in Hong Kong and started interacting by WhatsApp with a female Hong Kong CAG member. She sent to Arnav documents and videos and suggested that Arnav install the CAG app on his cell phone, which he did. On September 3, Arnav received a message sent to his WhatsApp account from China by somebody who claimed to be from China’s National Cybersecurity Agency. He said they had detected that Arnav was in regular contact with some ‘traitors’ from China and offered him US \$ 1,000 for the name and whereabouts of his CAG contacts in Hong Kong. When Arnav refused, the alleged Cybersecurity agent first threatened him, then raised the offer to \$ 2,000. Uncertain whether he was really in contact with the CCP [Chinese Communist Party] or the victim of a practical joke, Arnav blocked the number. However, on September 4, he received a follow-up message from another WhatsApp number. Again, somebody claiming to be from China’s National Cybersecurity Agency asked Arnav to cooperate. He noted that his agency had ‘unlimited WhatsApp accounts’ and would be able to harass him for months. Arnav blocked also the second number, only to be contacted again by a third and a fourth. Finally, the offer was raised to \$ 2,500, with the promise that the agency would also provide Arnav with a social network account and numbers of ‘beautiful women’ ready to chat with him. The person claiming to be an officer from the Cybersecurity Agency also commented that all religions are prohibited in China and will be wiped out at any rate in coming years and that CAG members from Taiwan, Hong Kong, and Macau will be arrested as well. Technical personnel connect Arnav’s strange adventure with the brand of his cell phone being Chinese. Certainly, tapping phones of peaceful foreign citizens abroad is a serious breach of international law.” (Bitter Winter, 20. September 2018)

Laut dem im Februar 2019 veröffentlichten Bericht von ADHRRF zur Lage von CAG-Mitgliedern hätten die chinesischen Behörden große Anstrengungen unternommen, um Ermittlungen zu im Ausland befindlichen CAG-ChristInnen anzustellen. Darüber hinaus hätten sie ChristInnen, die nach China zurückgekehrt seien, verhaftet, um Informationen über die CAG-Gemeinden im Ausland zu erhalten. Zwischen Mai und September 2018 seien fünf CAG-ChristInnen verhaftet worden, die aus dem Ausland nach China zurückgekehrt seien, es sei unklar, wo sie sich nun aufhalten würden. Einige ChristInnen seien gezwungen worden, aus dem Ausland nach China zurückzukehren, auch deren weiterer Verbleib sei unbekannt. Einige ChristInnen seien sogar gezwungen worden, zu im Ausland befindlichen CAG-Gemeinden zurückzukehren um als verdeckte Agenten zu fungieren. Am 2. September 2018 sei Liu Hui, eine Christin, die aus Korea nach China zurückgekehrt sei, von der Polizei der KPCh am Flughafen verhaftet worden. Sie sei an einem geheimen unterirdischen Ort verhört worden und mittels Indoktrination zum Ablegen ihres Glaubens („to undergo transformation“) gezwungen worden. Sie sei gezwungen worden,

von der Situation der CAG in Korea zu erzählen und in ihre in Korea befindliche Gemeinde zurückzukehren, um als verdeckte Agentin zu fungieren, mit der Gemeinde zusammenzuarbeiten und Informationen über die CAG einzuholen:

„[T]he Chinese authorities have gone to great lengths to investigate CAG [Church of Almighty God] Christians overseas and have arrested Christians returning to China in an attempt to sound out and gather information on the overseas communities of the CAG. Between May and September 2018, five CAG Christians were arrested returning to China from abroad. Their whereabouts remain unknown, and some Christians have been coerced into returning to China from abroad. Their whereabouts remain unknown, and some Christians have even been coerced into returning to the CAG in foreign countries to act as undercover agents. On September 2, Liu Hui, a Christian who returned briefly to China from Korea, was arrested at the airport by CCP [Chinese Communist Party] police as she was preparing to fly back to Korea. She was taken to a secret underground location for interrogation and was forced to undergo transformation through indoctrination. They forced her to tell them about the situation of the CAG in Korea, and coerced her into returning to her church in Korea to act as an undercover agent, cooperating with the gathering and inquiring about the Church.” (ADHRRF, 26. Februar 2019, S. 14-15)

4 Notwendigkeit einer Erlaubnis bei Wohnortwechsel innerhalb Chinas, Datenaustausch

In einer Email-Auskunft vom März 2019 von Frau Dr. Emily Dunn antwortet diese auf die Frage ob chinesische Staatsangehörige im Fall einer Übersiedelung innerhalb Chinas eine Genehmigung seitens der Behörden benötigen würden, dass eine solche tatsächlich erforderlich sei. Allerdings würden viele ohne den vorherigen Erwerb einer solchen Genehmigung übersiedeln. Diese Personen würden unter dem Begriff gleitende Bevölkerung („floating population“) subsumiert. (Dunn, 8. März 2019)

Im Jahresbericht zur Menschenrechtsslage des USDOS (Berichtszeitraum 2018) finden sich einige Informationen zum Thema Bewegungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit und nationales Haushaltsregistrierungssystem („Hukou“). USDOS hält fest, dass trotz weiterhin aufrechter staatlicher Beschränkungen der Freiheit, den Arbeitsplatz oder den Wohnsitz zu wechseln, das nationale Haushaltsregistrierungssystem Hukou weiter reformiert worden sei, und die Fähigkeit der meisten Bürger, sich innerhalb des Landes zu bewegen, um zu arbeiten und zu leben, weiter zugenommen habe. Während viele Bewohner ländlicher Gebiete in die Städte abgewandert seien, wo das Pro-Kopf-Einkommen etwa das Dreifache des Pro-Kopf-Einkommens auf dem Land betrage, sei es ihnen oft nicht möglich gewesen, ihren offiziellen Wohnsitz oder Arbeitsplatz umzumelden. Die meisten Städte würden jährliche Kontingente für die Anzahl der neuen befristeten Aufenthaltsgenehmigungen, die ausgestellt werden können, vorsehen, und alle Arbeitnehmer, einschließlich Hochschulabsolventen, würden um eine begrenzte Anzahl solcher Genehmigungen konkurrieren müssen. Besonders schwierig sei es für Bewohner ländlicher Gebiete gewesen, eine Haushaltsregistrierung in wirtschaftlich stärker entwickelten städtischen Gebieten bewilligt zu bekommen. Das Haushaltsregistrierungssystem habe die Schwierigkeiten der Bewohner ländlicher Gebiete verschärft, selbst dann wenn sie bereits in städtische Gebiete übersiedelt seien und dort eine Beschäftigung gefunden hätten. Laut dem im Februar vom chinesischen nationalen Statistikbüro veröffentlichten Kommuniqué über die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Jahr 2017 würden in China 291 Millionen Menschen außerhalb des Bereiches ihrer Haushaltsregistrierung leben. WanderarbeiterInnen und ihre Familien seien in Bezug auf ihre Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Viele hätten in den Städten, in denen sie lebten und arbeiteten, keinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie öffentliche Bildung für ihre Kinder oder der Sozialversicherung erhalten, weil sie keine rechtmäßig registrierten Stadtbewohner gewesen seien.

USDOS hält zudem fest, dass der Staat AktivistInnen zunehmend zum Schweigen gebracht habe, indem er ihnen die Erlaubnis verweigert habe, international oder landesintern zu reisen, oder indem er sie unter inoffiziellm Hausarrest gehalten habe:

„Although the government maintained restrictions on the freedom to change one’s workplace or residence, the national household registration system (hukou) continued to change, and the ability of most citizens to move within the country to work and live continued to expand. While many rural residents migrated to the cities, where the per capita disposable income was approximately three times the rural per capita income, they often could not change their official residence or workplace within the country. Most cities had annual quotas for the number of new temporary residence permits they could issue,

and all workers, including university graduates, had to compete for a limited number of such permits. It was particularly difficult for rural residents to obtain household registration in more economically developed urban areas. The household registration system added to the difficulties faced by rural residents, even after they relocated to urban areas and found employment. According to the Statistical Communique of the People's Republic of China on 2017 National Economic and Social Development published in February by the National Bureau of Statistics of China, 291 million persons lived outside the jurisdiction of their household registration. Migrant workers and their families faced numerous obstacles with regard to working conditions and labor rights. Many were unable to access public services, such as public education for their children or social insurance, in the cities where they lived and worked because they were not legally registered urban residents." (USDOS, 13. März 2019, Section 2d)

„The government increasingly silenced activists by denying them permission to travel, both internationally and domestically, or keeping them under unofficial house arrest." (USDOS, 13. März 2019, Section 2d)

Freedom House ist eine Nichtregierungsorganisation mit Hauptsitz in Washington, D.C., die sich mit der Untersuchung und Förderung von Demokratie, politischer Freiheit und Menschenrechten weltweit beschäftigt. Im Jahresbericht vom Februar 2019 (Berichtszeitraum 2018) schreibt Freedom House, dass Chinas Hukou-System verhindere, dass rund 290 Millionen interne MigrantInnen den vollen Rechtsstatus als EinwohnerInnen jener Städte erhalten würden, in denen sie arbeiten würden. Die Regierung habe angekündigt, das System schrittweise zu reformieren und die Vorzüge eines städtischen Wohnsitzes auf 100 Millionen MigrantInnen auszuweiten. Dies solle basierend auf ihrer Ausbildung, ihrer Beschäftigungsbilanz und ihrem Wohnstatus passieren, mit den strengsten Anforderungen in Großstädten wie Shanghai und Peking und viel lockeren Anforderungen in kleineren städtischen Gemeinden. Die Reformpläne würden jedoch nichts daran ändern, dass die große Mehrheit der Migranten nach wie vor keine entsprechenden Rechte oder keinen uneingeschränkten Zugang zu sozialen Diensten wie Bildung für ihre Kinder in lokalen Schulen haben würden:

Viele chinesische Staatsangehörige seien betreffend ihrer Bewegungsfreiheit auch anderweitig eingeschränkt. In der gesamten Provinz Xinjiang seien die EinwohnerInnen durch Polizei-Checkpoints in ihrer Reisefähigkeit oder sogar in ihrer Möglichkeit, ihre Heimatstadt zu verlassen, eingeschränkt. Im Zuge der Implementierung der ersten Phasen des Sozialkreditsystems im Jahr 2018 seien in anderen Gebieten Chinas Berichten zufolge Millionen von BürgerInnen aufgrund ihrer niedrigen Punktezahl von Einschränkungen bei Flug- und Zugreisen betroffen gewesen:

„China's hukou (household registration) system prevents roughly 290 million internal migrants from enjoying full legal status as residents in cities where they work. The government has announced plans to gradually reform the system, expanding the benefits of urban residency to 100 million migrants based on their education, employment record, and housing status, with the most stringent requirements in major cities like Shanghai and Beijing and much looser standards applied in smaller municipalities. The plan would still

leave a large majority of migrants without equal rights or full access to social services such as education for their children in local schools. [...]

Many other Chinese citizens also face obstacles to freedom of movement within the country. Police checkpoints throughout Xinjiang limit residents' ability to travel or even leave their hometown. Elsewhere in China, as initial stages of a Social Credit System were introduced during 2018, millions of citizens reportedly encountered restrictions on air and train travel due to their low scores." (Freedom House, 4. Februar 2019, Abschnitt G1)

Das China Internet Information Center ist ein Webportal mit staatlicher Genehmigung und Sitz in Peking, dessen Inhalte größtenteils von MitarbeiterInnen der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua generiert werden. In einem Artikel vom März 2018 hält die deutschsprachige Ausgabe des Webportals folgendes zum Haushaltsregistrierungssystem fest:

„Die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission sagte, dass derzeit untersucht werde, wie Hukou und Gutschriften für Hukou zwischen den Regionen übertragen werden können, und wie Menschen, die in Mietwohnungen leben, geholfen werden kann, sich für Stadt-Hukou zu qualifizieren. In einigen Städten können Migranten Punkte auf Basis ihres Bildungshintergrunds, ihres Qualifikationsniveaus, ihrer Sozialversicherungsunterlagen und ihrer Teilnahme an Wohltätigkeitsaktivitäten sammeln, damit ihr Hukou an einem bestimmten Ort registriert wird. Die Kommission sagte, Absolventen von Universitäten oder Berufsschulen, von einem Auslandsstudium zurückgekehrte Chinesen und Fachkräfte werden in der Lage sein, ihr Hukou in den Städten ohne irgendwelche Vorbedingungen zu registrieren. Wanderarbeiter der neuen Generation, die sich in einer Stadt eine feste Arbeitsstelle sichern können, und Bauern, die bereits ihre Dörfer verlassen haben und seit mindestens fünf Jahren in Städten arbeiten, dürfen ihr Hukou ebenfalls registrieren lassen. Es hieß auch, dass kleine und mittelgroße Städte die Hukou-Registrierung vollständig öffnen sollten, während größere Städte von den Antragstellern verlangen können, dass sie über eine Sozialversicherung von höchstens fünf Jahren verfügen. Durch all diese Maßnahmen sollen, der Kommission zufolge, in diesem Jahr 13 Millionen Menschen eine städtische Haushaltsregistrierung erhalten.“ (China Internet Information Center, 15. März 2018)

The Diplomat, ein Nachrichtenmagazin zu internationaler Politik mit Sitz in Tokio, schreibt in einem Artikel vom Juni 2016, dass die EinwohnerInnen Chinas nur in ihrer Heimatprovinz, in der ihr Hukou registriert sei, staatlich subventionierten Zugang zu den meisten Bereichen der staatlichen Dienstleistungen - einschließlich Bildung und Gesundheitswesen – erhalten würden. Ziehen sie woanders hin, würden sie entweder ihren Hukou ummelden oder eine Prämie für den Zugang zu diesen Diensten zahlen müssen. Viele temporäre MigrantInnen seien nicht bereit, sich dem mühsamen Prozedere der Ummeldung zu unterziehen. Viele weitere seien gar nicht in der Lage, dies zu tun, weil sie durch Zulassungskriterien daran gehindert seien, die sie vermutlich nie erfüllen werden. Die überwiegende Mehrheit der MigrantInnen habe durch diese Situation mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus und überhöhten Lebenshaltungskosten zu kämpfen:

„People can only get state-subsidized access to most areas of government assistance – including education and healthcare – in their home province, where their hukou is

registered. If they move elsewhere, they must either transfer their hukou to their new home or else pay a premium to access these services. Many temporary migrants are unwilling to undergo the laborious process of swapping their hometown hukou for an urban one, a process which would involve them forfeiting land rights in their hometown. Many more are unable to do so, obstructed by eligibility criteria they will likely never meet. The result of this is that the vast majority of migrants, burdened with a precarious residence status and inflated cost of living, make a plan to save what they can before eventually leaving the city.” (Diplomat, 29. Juni 2016)

Es konnten keine Informationen zur konkreten Frage gefunden werden, ob bei Übersiedelung innerhalb Chinas vonseiten der Behörden ein Datenaustausch stattfindet, in den Abschnitten 2 und 3 dieser Anfragebeantwortung finden sich jedoch einige Quellen, die Informationen zu den Themen Überwachung durch chinesische Behörden und Datenaustausch zwischen den Behörden enthalten.

5 Überprüfung bei Rückkehr nach Asylantragstellung, Unterschiede zwischen Abschiebung und freiwilliger Rückkehr

Im Länderbericht zu China des australischen Außen- und Handelsministeriums (DFAT) wird festgehalten, dass das DFAT nicht in der Lage sei, Informationen zur Behandlung von nach China zurückkehrenden Personen, die in einem anderen Staat um Asyl angesucht haben, zu überprüfen. Das DFAT verfüge über keine Informationen, aufgrund derer anzunehmen sei, dass Personen ausschließlich aufgrund ihres Ansuchens um Asyl in einem anderen Staat und ohne, dass sie anderweitig „negativ aufgefallen“ wären, ins Visier der chinesischen Behörden gelangen würden. Das DFAT könne nicht überprüfen, ob sich die Situation von Personen, die aus anderweitigen Gründen auf für sie ungünstige Art die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich gezogen hätten, durch das Beantragen von Asyl im Ausland noch zusätzlich verschlechtere. Allerdings sei es wahrscheinlich, dass die chinesischen Behörden über die Handlungen chinesischer AsylwerberInnen, während sie sich außerhalb Chinas befinden, Bescheid wüssten:

„DFAT is not able to verify the treatment of failed asylum seekers returned to China. DFAT has no information to suggest authorities target individuals solely for having sought asylum abroad if they have not otherwise come to adverse attention. DFAT is unable to verify whether having sought asylum abroad would worsen the situation of individuals attracting adverse attention from authorities for other reasons. Chinese authorities are likely, however, to be aware of the behaviour of Chinese asylum seekers while they are outside of China.“ (DFAT, 21. Dezember 2017, S. 39-40)

Ein von ACCORD im April 2019 telefonisch befragter in Deutschland ansässiger Experte zu religiösen Gruppen in China, der nicht namentlich genannt werden möchte, antwortet auf die Frage, ob Personen aus China bei ihrer Rückkehr nach China Probleme bekommen, weil sie in Europa Asyl beantragt haben, dass Derartiges schwer festzustellen sei und dass in diese Richtung gehende Behauptungen nur schwer überprüfbar seien. (Experte zu religiösen Gruppen in China, 10. April 2019)

Das Refugee Review Tribunal (RRT) war ein gesetzlich verankertes Organ, das Überprüfungen von Visa-Entscheidungen des australischen Ministeriums für Einwanderung und Staatsbürgerschaft durchführte und das im Jahr 2015 mit dem Berufungsgericht zusammengeführt wurde. In einem schon älteren Bericht des RRT vom Mai 2007 wird auf eine Passage aus einer Anfragebeantwortung des DFAT vom März 2007 verwiesen, in der die Frage behandelt wird, mit welcher Behandlung vonseiten der chinesischen Behörden ein zurückkehrender Asylsuchender zu rechnen habe, dessen Name in den Medien erwähnt worden sei und dem unterstellt werde, dass er Falun-Gong praktiziere, einer inoffiziellen christlichen Kirche angehöre oder ein politischer Dissident sei. Laut DFAT sei es im Hinblick auf die mögliche Behandlung, der eine Person bei ihrer Rückkehr nach China ausgesetzt sei, nicht besonders wichtig, was der Grund dafür sei, dass die Person in den Fokus der chinesischen Behörden geraten sei. Es sei nicht möglich, sich abschließend dazu zu äußern, wie die chinesischen Behörden RückkehrerInnen nach China, die erfolglos versucht hätten in einem anderen Land um Asyl anzusuchen, behandeln würden. Wenn die chinesischen Behörden annehmen würden, dass sie Mitglieder einer der genannten Gruppen seien (Falun-Gong, inoffizielle christliche Kirche, politische Dissidenten), sei es wahrscheinlich, dass die Behörden

sie befragen und unter Beobachtung stellen oder sie für einen kurzen Zeitraum festhalten würden. Die Behörden könnten das erfolglose Asylansuchen in die Akte der Person ("dang an") aufnehmen, was die Bemühungen der Person, eine Beschäftigung zu finden (insbesondere eine staatliche Beschäftigung) oder sich weiterzubilden, behindern könnte. Sei die Person etwa ein(e) bekannte(r) AktivistIn in Australien (z.B. eine prominente Falun-Gong-Führungsperson oder eine Person, die dafür bekannt sei, die chinesische Führung öffentlich zu kritisieren), sei es wahrscheinlich, dass die Behörden sie strenger behandeln würden (längerfristige Überwachung, Verwaltungshaft), als wenn die Person ein unscheinbares Mitglied einer dieser Gruppen sei. Das mediale Bekanntwerden der bloßen Tatsache, dass die Person einen Asylantrag gestellt habe, führe nicht unbedingt zu einer härteren Behandlung dieser bei ihrer Rückkehr. Nach Einschätzung des DFAT würden die chinesischen Behörden das Vorgehen von Personen, die mithilfe eines Antrages auf staatlichen Schutz versuchen würden in Australien bleiben zu können, heutzutage eher als alltägliches Verhalten denn als Zeichen politischer Illoyalität betrachten. Die Behörden könnten eine Person jedoch strenger behandeln, wenn diese in den Medien mit öffentlicher Kritik am chinesischen Regime oder an der chinesischen Führungsebene zitiert worden sei. Sei die Person beispielsweise ein aktives, bekennendes Mitglied einer dieser Gruppen und habe sie öffentlich das Ende der Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas gefordert, sei die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie unter Beobachtung gestellt werde und möglicherweise werde sie nach ihrer Rückkehr nach China festgenommen. Im Extremfall könne es sein, dass die Person strafrechtlich verfolgt werde, zum Beispiel nach Artikel 105 des chinesischen Strafgesetzbuches, der es verbiete, „andere Personen durch das Verbreiten von Gerüchten oder durch Verleumdung oder durch andere Mittel, die zur Untergrabung oder zum Sturz der Staatsmacht beitragen, aufzuwiegel“:

„In terms of the possible treatment the person might receive on return to China, it is not particularly important how the person comes to the attention of Chinese authorities. As advised in reftel, it is not possible to comment definitively on how Chinese authorities would treat returnees to China who were failed asylum seekers. If Chinese authorities believed them to be a member of one of these groups (Falun Gong, underground church, political dissidents), it would be likely that authorities would interview them and might keep them under surveillance or detain them for a short period. Authorities may record the failed asylum attempt in the person's dossier ('dang an'), which could impede the person's attempts to obtain employment (particularly government employment) or engage in further education. If the person was a high-profile activist in Australia (for example a prominent Falun Gong leader, or someone known for publicly criticising the Chinese leadership) it is likely that the authorities would treat them more severely (longer-term surveillance, administrative detention) than if the person was a low-profile member of one of these groups. [...] Media publicity of the mere fact that the person had applied for asylum would not necessarily lead to harsher treatment for the person on return. Our impression is that these days Chinese authorities view seeking to remain in Australia through a protection application as more commonplace behaviour rather than a sign of political disloyalty. Authorities could, however, treat the person more severely if he or she was quoted publicly as criticising China's regime or senior leadership in the media. If, for example, the person had been an active, outspoken member of one of these groups and had publicly called for the end of Communist Party rule in China, he or she would be more

likely to be put under surveillance and possibly detained on return to China. At the extreme, the person could be criminally prosecuted, for example under Article 105 of China's Criminal Law, which prohibits 'incit[ing] others by spreading rumours or slander or any other means to subvert State power or overthrow the socialist system.'" (RRT, 15. Mai 2007, S. 2-3)

In einem ebenfalls bereits älteren Herkunftsländerseminarbericht zu China, der im März 2006 erschien, zitiert ACCORD den deutschen China-Experten Thomas Weyrauch zu Fragen der Rückkehr nach China. Bezüglich der Beurteilung, ob bei der Rückkehr die Gefahr einer Verfolgung bestehe oder nicht, sei Vorsicht geboten: Wenn der Zurückkehrende den Behörden nicht bekannt sei, sei eine Verfolgung grundsätzlich nicht wahrscheinlich. Es gebe gesetzliche Regelungen im Strafrecht, die den illegalen Grenzübertritt verbieten würden. Die chinesischen Behörden hätten sich jedoch in den letzten Jahren nicht so sehr darum gekümmert, selbst wenn ihnen bekannt gewesen sei, dass die entsprechende Person im Ausland politisches Asyl beantragt habe, weil die Behörden erwarten würden, dass sie China aus wirtschaftlichen Gründen verlassen habe. Aus westlichen Ländern kommende Diplomaten hätten die Situation der repatriierten Menschen beobachtet und herausgefunden, dass es in den meisten Fällen weder politische Verfolgung noch Strafverfolgung gegeben habe. Anders sei die Situation von RückkehrerInnen zu betrachten, die an Straftaten oder Aktivitäten, die sich gegen die chinesische Regierung oder die Kommunistische Partei Chinas richten, beteiligt seien. Falun-Gong zu praktizieren, Mitglied einer inoffiziellen Kirche zu sein, eine führende Rolle in der Opposition - auch im Exil - zu spielen, könne nach wie vor ein Grund für Verfolgung sein:

„Forced repatriation can be problematic, especially if the Chinese authorities do not cooperate on this matter. There are cases in Germany, for instance, where the Chinese embassy refuses to issue travel documents to rejected asylum seekers. One has to be cautious when assessing whether there is a risk of persecution upon return or not: basically, if the returnee (a rejected asylum seeker or a repatriated migrant) is unknown to the authorities, then persecution is not likely. There are legal regulations prohibiting illegal border crossing in the criminal law. But Chinese authorities didn't care so much in the last years, even if they know that this person asked for political asylum in foreign countries, because the authorities expect that they left China for economic reasons. Diplomats from Western countries monitored the situation of repatriated people, and they found out that in most of the cases there was no political persecution, nor criminal prosecution. On the other hand, the situation differs for returnees involved in offences or actions against the Chinese government, or the CCP [Chinese Communist Party]. Practising Falun Gong, being a member of an underground church, playing a leading role in the opposition (in exile, too) can still be a reason for persecution." (Weyrauch, 17. März 2006, S. 25)

Es konnten keine weiteren Informationen zur Überprüfung bei Rückkehr nach Asylantragstellung gefunden werden. Zu etwaigen Unterschieden bezüglich der Überprüfung nach Abschiebung und der Überprüfung nach freiwilliger Rückkehr konnten keine Informationen gefunden werden. Im Folgenden finden sich noch allgemeine Informationen zur Überwachung an Flughäfen und anderen internationalen Kontrollpunkten, sowie gesetzliche Ein- und Ausreisebestimmungen:

Zum Thema Überwachung an Flughäfen und internationalen Kontrollpunkten schreibt das DFAT in seinem Bericht vom Dezember 2017, dass für die Überwachung der Ein- und Ausreisvorgänge auf chinesischen Flughäfen eine Reihe von Behörden des Ministeriums für öffentliche Sicherheit zuständig seien, darunter das Büro für öffentliche Sicherheit, die Ein- und Ausreisbehörde und das Grenzkontrollamt. Die wichtigsten Flughäfen Chinas würden über ein zentrales System verfügen, das Passagiernamen abgleiche und im Fall des Falles Alarm schlage. Gesichtserkennungstechnologie werde an internationalen Kontrollpunkten sowohl auf Luft-, als auch auf Land- und Seewegen in großem Umfang eingesetzt. Die Effektivität der Sicherheitsüberwachung auf Flughäfen sei umfassend, und die Passagiere müssten mehrere Identitätskontrollen (einschließlich Reisepass-, Ticket- und Bordkartenkontrolle) vonseiten verschiedener auf dem Flughafen stationierter Behörden passieren:

„A number of agencies within the Ministry of Public Security hold responsibility for monitoring entry and exit procedures at Chinese airports, including the Public Security Bureau, the Entry and Exit Authority, and the Frontiers Inspection Bureau. China’s major airports have a centralised system with name matching alert capabilities. Facial recognition technology is also widely deployed at all international checkpoints (air, land and sea). Security monitoring capabilities at airports are comprehensive, and departing passengers pass through several identity checks (including passport and ticket/boarding pass inspection) run by different agencies between arriving at the airport and boarding a flight.“
(DFAT, 21. Dezember 2017, S. 40)

Gemäß Artikel 59 der im Juni 2012 novellierten Ein- und Ausreisebestimmungen der Volksrepublik China können Personen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie gegen die Vorschriften der Ein- oder Ausreiseverwaltung verstoßen haben, vor Ort verhört werden. Bei dem Verhör vor Ort können diese Personen unter einem der folgenden Umstände in Übereinstimmung mit dem Gesetz weitergehend verhört werden: (1) Verdacht auf illegale Ausreise aus beziehungsweise Einreise nach China; (2) Verdacht auf Unterstützung anderer bei illegaler Ausreise aus beziehungsweise Einreisen nach China; (3) Verdacht auf illegalen Aufenthalt oder illegale Arbeit in China; (4) Verdacht auf Gefährdung der nationalen Sicherheit oder nationaler Interessen, Verdacht auf Störung der sozialen oder öffentlichen Ordnung oder Beteiligung an anderen illegalen oder kriminellen Handlungen:

„Persons suspected of violating the regulations on exit/entry administration may be interrogated on the spot; upon on-the-spot interrogation, the aforesaid persons may be interrogated in continuation in accordance with the law under any of the following circumstances: (1) Are suspected of illegally exiting or entering China; (2) Are suspected of assisting others in illegally exiting or entering China; (3) Are foreigners suspected of illegally residing or working in China; or (4) Are suspected of endangering national security or interests, disrupting social or public order, or engaging in other illegal or criminal activities.“
(Ein- und Ausreisebestimmungen der Volksrepublik China, 30. Juni 2012, Artikel 59)

Quellenverzeichnis (Zugriff auf alle Quellen am 16. April 2019)

- ABC News: China's Social Credit System seeks to assign citizens scores, engineer social behaviour, 2. April 2018
<https://www.abc.net.au/news/2018-03-31/chinas-social-credit-system-punishes-untrustworthy-citizens/9596204>
- ADHRRF - Association for the Defense of Human Rights and Religious Freedom: The Chinese Communist Government's Persecution of The Church of Almighty God, 26. Februar 2019
<https://www.adhrrf.org/wp-content/uploads/2019/02/EN-annual-report-2018.pdf>
- Asia Times: Chinese Christians live in fear, fleeing abroad, 21. März 2019
<https://www.asiatimes.com/2019/03/article/chinese-christians-live-in-fear-fleeing-abroad/>
- BBC News: Chinese police detain 'female Jesus cult' members, 27. Juli 2017
<http://www.bbc.com/news/world-asia-china-40737430>
- Bitter Winter: China Illegally Monitors Abroad Cell Phones of Foreigners in Contact with The Church of Almighty God, 20. September 2018
<https://bitterwinter.org/china-illegally-monitors-cells-phones-abroad/>
- Channel 4: Inside China's Jesus cult, 22. Dezember 2014
<https://www.channel4.com/news/china-christian-cult-religion-banned-church-of-almighty-god>
- China Internet Information Center (German): China führt flexiblere Regelungen für Haushaltsregistrierung in Städten ein, 15. März 2018
http://german.china.org.cn/txt/2018-03/15/content_50710865.htm
- CHNK - Citizens' Coalition for Human Rights of Abductees and North Korean Refugees: Protection of civil and political rights, 2018
<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=5718&file=EnglishTranslation>
- Chodorow Law Offices: China's Refusal of Passports to Certain Minorities, Children without Hukous, and Others Impinges on Their Right to Leave and Return, 15. Juli 2015
<https://lawandborder.com/china-refusal-passports-to-minorities-and-children-without-hukous/>
- CNN: 'Eastern Lightning': The banned religious group that has China worried, 3. Februar 2015
<http://edition.cnn.com/2014/06/06/world/asia/china-eastern-lightning-killing/>
- DFAT – Australian Government - Department of Foreign Affairs and Trade: DFAT Country Information Report People's Republic of China, 21. Dezember 2017
https://www.ecoi.net/en/file/local/1424365/4792_1518594924_country-information-report-china.pdf
- Diplomat (The): China's New Generation of Urban Migrants, 29. Juni 2016
<https://thediplomat.com/2016/06/chinas-new-generation-of-urban-migrants/>
- Dunn, Emily: Email-Auskunft, 8. März 2019
- EIFRF - European Interreligious Forum for Religious Freedom: Stop the Persecution of Chinese Refugees of The Church of Almighty God in South Korea, 31. August 2018
https://www.eifrf-articles.org/Stop-the-Persecution-of-Chinese-Refugees-of-The-Church-of-Almighty-God-in-South-Korea_a227.html
- Ein- und Ausreisebestimmungen der Volksrepublik China ("Exit and Entry Administration Law of the People's Republic of China), novelliert am 30. Juni 2012, in Kraft getreten am 1. Juli 2013, englische Übersetzung, verfügbar auf einer staatlichen Webseite, letzte Aktualisierung der Webseite im September 2014
http://english.gov.cn/archive/laws_regulations/2014/09/22/content_281474988553532.htm

- Experte zu religiösen Gruppen in China: Email-Auskunft, 10. April 2019
- Freedom House: Freedom in the World 2019 - China, 4. Februar 2019
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2002611.html>
- HRC – UN Human Rights Council: Summary of Stakeholders' submissions on China; Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights [A/HRC/WG.6/31/CHN/3], 3. September 2018
https://www.ecoi.net/en/file/local/1450680/1930_1542200607_g1826648.pdf
- HRWF – Human Rights Without Frontiers/Bitter Winter: NGOs unite against religious freedom oppression in China, A review of 2018 UPR submissions related to The Church of Almighty God in China, 2018
<https://hrwf.eu/wp-content/uploads/2018/09/2018-08-CAG-Brochure-2-Full-B5.pdf>
- LIREC/ADHRRF - Center for Studies on Freedom of Religion Belief and Conscience/Association for the Defense of Human Rights and Religious Freedom: Religious Freedom in China: The case of the Church of the Almighty God, 2018
<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=5576&file=EnglishTranslation>
- Omnium des Libertés; Canaan Human Rights: Religious persecution in China: The case of the Church of Almighty God, 2018
<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=5586&file=EnglishTranslation>
- ORF - Österreichischer Rundfunk: „Roter Drache" gegen „weiblichen Jesus", 24. August 2014
<http://religion.orf.at/stories/2664294/>
- Reuters: China tries more members of banned religious group 'Almighty God', 13. August 2018
<https://www.reuters.com/article/us-china-religion-crime/china-tries-more-members-of-banned-religious-group-almighty-god-idUSKBN1KY0R4>
- RRT - Refugee Review Tribunal (Australien): RRT Research Response, 15. Mai 2007
<https://www.refworld.org/docid/4b6fe18517.html>
- Soteria/TASRRH - Soteria International/The Association on Study of Religion and Human Rights: China Religious Freedom in China a cause of concern, 2018
<https://uprdoc.ohchr.org/uprweb/downloadfile.aspx?filename=5706&file=EnglishTranslation>
- Standard (Der): Chinesische Botschaften überwachen Dissidenten im Ausland, 15. November 2005
<https://derstandard.at/2230449/Chinesische-Botschaften-ueberwachen-Dissidenten-im-Ausland>
- USDOS – US Department of State: 2017 Report on International Religious Freedom - China, 29. Mai 2018
<https://www.ecoi.net/de/dokument/1436855.html>
- USDOS – US Department of State: Country Report on Human Rights Practices 2018 - China, 13. März 2019
<https://www.ecoi.net/de/dokument/2004237.html>
- Weyrauch, Dr. Thomas: Important Aspects on Human Rights in the People's Republic of China. In: ACCORD - Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation: 10th European Country of Origin Information Seminar Budapest, 1 - 2 December 2005: Final Report on China, 17. März 2006 (verfügbar auf ecoi.net)
http://www.ecoi.net/file_upload/bp269_COI-SE-Budapest200512-China-Report-Final.pdf